Vorhabenbezogener Bebauungsplan Kerzlin Nr.1 „Freiflächen-Photovoltaikanlage“

**Abwägung der Anregungen von Trägern öffentlicher Belange im Rahmen der
frühzeitigen Behördenbeteiligung gem. § 4 (1) BauGB**

und der

Beteiligung der Nachbargemeinden gem. § 2 (2) BauGB

sowie

**Abwägung der Anregungen von Bürgern im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
gem. § 3 (1) BauGB**

- Anschreiben TöB und Nachbargemeinden: E-Mail-Schreiben vom 15.06.2023
- Frist für die Beteiligung: 19.07.2023
- Öffentlichkeitbeteiligung: Auslegung v. 05.07. bis 07.08.2023

Gliederung:

Übersicht der Träger öffentlicher Belange

- A**   Stellungnahmen und Anregungen von Trägern öffentlicher Belange
- B**   Stellungnahmen von Bürgern
- C**   Nachbargemeinden

Übersicht der Träger öffentlicher Belange

Nr.	Träger öffentlicher Belange		Beteiligung
1	Amt Temnitz	für angrenzende Gemeinden	X
2	Fontanestadt Neuruppin		X
3	Gemeinde Wusterhausen/Dosse		X
4	Gemeinde Fehrbellin		X
Gemeindeebene			
Landkreisebene			
5	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	Der Landrat	X
6	IHK Potsdam	RegionalCenter Ostprignitz-Ruppin	X
7	Kreishandwerkerschaft Neuruppin		X
8	Ostprignitz-Ruppiner Personennahverkehrsgesellschaft mbH		
Regionale Zuständigkeiten			
9	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel		X
10	Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Eberswalde		
11	Polizeidirektion Nord		
12	Landesbetrieb Forst Brandenburg	Untere Forstbehörde, Oberförsterei Neuruppin	X
13	Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg	Region West, Dienststelle Kyritz	X
14	Gewässerunterhaltungsverband „Oberer Rhin/ Temnitz“		X
15	Zweckverband Wasser/Abwasser Fehrbellin-Temnitz		X
16a	E.DIS AG		X
16b	E.DIS Netz GmbH		X
17	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg		X
18	GDMcom Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation mbH		X
19	Primagas		X
20a	Saferay Operations GmbH		X
20b	Tyczka Energy GmbH		X
21	Deutsche Telekom Technik GmbH	Technik Niederlassung Ost	X
22	DNS:NET Internet Services GmbH		X
23	Tourismusverband Ruppiner Seenland e.V.		X
24	Regio Infra Nord-Ost GmbH		X

25	Deutsche Bahn AG	DB Immobilien - Region Ost	X
26	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	Direktion Potsdam	
27	Deutscher Wetterdienst	Niederlassung Potsdam	
Landesebene			
28	Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg		X
29	Ministerium der Finanzen und für Europa		
30	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport		
31	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung		X
32	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	Abteilung Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit/ Referat 52	X
33	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur		
34	Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg		
35	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum	Abt. Bodendenkmalpflege Abt. Denkmalpflege	X
36	Landesamt für Bergbau, Geologie u. Rohstoffe		X
37	Landesamt für Bauen und Verkehr		X
38	Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung	Dienstsitz Neuruppin	X
39	Landesamt für Umwelt	Abteilung Technischer Umweltschutz 2	X
39a		Wasserwirtschaft	
39b		Immissionsschutz	
40	Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen		
41	Landeseisenbahnaufsicht Brandenburg		
42	Zentraldienst der Polizei/ Kampfmittelbeseitigungsdienst	Verwaltungszentrum B	X
43	Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH		
44	Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände GbR	"Haus der Natur"	X
45	Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz		
Bundesebene			
46	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	Referat Infra I 3/Abteilung Infrastruktur (Infra)	X
47	Bundesnetzagentur		X
48	50Hertz Transmission GmbH		X

A   **Stellungnahmen und Anregungen von Trägern öffentlicher Belange**

1. Amt Temnitz Stellungnahme vom: 21.07.2023		Vorschlag für die Abwägung
1.1	Nach Prüfung der online einsehbaren Unterlagen zum o. g. Bauleitplanverfahren teile ich Ihnen mit, dass die von der Amtsverwaltung, stellvertretend für die Gemeinden Märkisch Linden und Dabergotz, öffentlichen Belange als Nachbargemeinden durch ihre Planung nicht berührt werden.	⇒ Kenntnisnahme Die Belange der Nachbargemeinden sind nicht berührt.
1.2	Die Stellungnahme des örtlichen Brandschutzes des Amtes Temnitz wird nachgereicht.	⇒ Kenntnisnahme
1.3	Die weitere Beteiligung der o. g. Gemeinden des Amtes Temnitz an dem o. g. Bauleitplanverfahren ist daher nicht erforderlich.	⇒ Kenntnisnahme

5. Landkreis Ostprignitz-Ruppin Stellungnahme vom 18.07.2023	Vorschlag für die Abwägung
5.1 In die Erarbeitung der Stellungnahme wurden gemäß TöB-Erlass des MIL vom 20.10.2020 die Ämter und Behörden unseres Hauses einbezogen, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden. Im Ergebnis der Beteiligung liegen Fachstellungen des • Bau- u. Umweltamtes, untere Bauaufsichtsbehörde, v. 13.07.2023, • Gesundheitsamtes, SG Hygiene u. Umweltmedizin, v. 13.07.2023, • Bau- u. Umweltamtes, Brandschutzdienststelle, v. 12.07.2023 • Bau- u. Umweltamtes, untere Bodenschutzbehörde, v. 07.07.2023 • Bau- u. Umweltamtes, untere Denkmalschutzbehörde, v. 23.06.2023 sowie • Bau- u. Umweltamtes, untere Abfallwirtschaftsbehörde, v. 23.06.2023 vor. Die Stellungnahmen enthalten Hinweise und Anregungen. Sie sind diesem Schreiben beigefügt und im Zuge der Abwägung gesondert zu berücksichtigen. Aus kreis- bzw. bauleitplanerischer Sicht können nachstehende Anregungen zum BP-Entwurf vorgetragen werden: Vorliegende Bebauungsplanung soll die planungsrechtliche Voraussetzung für die Errichtung eines sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung PV-Freiflächenanlage schaffen, welches sich in vier Baufelder (BF I-IV) unterteilt. Nach den Regelungen des § 8 Abs. 2 S. 1 BauGB sind Bebauungspläne aus den wirksamen Darstellungen des Flächennutzungsplanes zu entwickeln. Weil dies vorliegend nicht der Fall ist (-> Fläche für Landwirtschaft!), wird parallel der Flächennutzungsplan der Gemeinde Temnitztal im Rahmen der 3. Änderung an die Planung angepasst. Hierbei ist zu beachten, beide Bauleitplanverfahren parallel fortzuführen und möglichst gemeinsam bekannt zu machen, um einer Genehmigungspflicht beider Bauleitpläne vorzubeugen.	⇒ Kenntnisnahme

5.2	In der Planzeichnung (Teil A I) sollte für das Baufeld PV-FFA I ebenfalls die Einfahrt in der Planzeichnung - entsprechend der Baufelder PV-FFA II-IV - gekennzeichnet werden.	⇒ Änderung der Planzeichnung Die Einfahrt von Nordosten sowie der zuführende Weg wird in der Planzeichnung als Darstellung ohne Normcharakter ergänzt. Die Zuwegung führt über ein Flurstück außerhalb des Gemeindegebiets. Daher ist eine Festsetzung nicht möglich. Die Regelung zur Zufahrt erfolgt durch den Vorhabenträger vertraglich mit dem Eigentümer.
5.3	Die Kennzeichnung des Baufeldes (BF) PV-FFA II ist in der Planzeichnung (Teil A II) doppelt vergeben und sollte angepasst werden (vmtl. ist für das östliche BF die Nr. IV vorgesehen).	⇒ Korrektur der Planzeichnung Die Kennzeichnung wird in der Planzeichnung korrigiert.
5.4	Bezogen auf die textliche Festsetzung (TFS) Nr. 1.4 und 1.6 im Planteil B wird darauf hingewiesen, dass gem. § 18 Abs. 1 BauNVO Höhenfestsetzungen unter Angabe entsprechender, eindeutig bestimmbarer Höhenbezugspunkte zu erfolgen haben. Im Land Brandenburg ist eine Bezugnahme auf das DHHN2016, mit Höhen in Metern über NHN, gebräuchlich.	⇒ Berücksichtigung mittels Festsetzung 1.7 Das Vorhaben umfasst eine Fläche von über 60 ha mit aufgeständerten Solarmodulen, die auf dem gewachsenen Boden ohne maßgebliche Bodenbewegungen errichtet werden. Das Vorhabengelände weist über das Projektgebiet Höhenunterschiede von mehreren Metern auf. Insofern variieren die Höhen der Module im Gelände auf kleinem Raum tlw. erheblich. Es ist deshalb unmöglich eine Höhenfestsetzung mit einem Höhenbezug auf das DHHN2016 für das gesamte Vorhaben zu treffen. Daher wird auf die natürliche Geländeoberfläche, wie in der BbgBO § 2 (12) beschreiben,

		Bezug genommen. Mit dieser Bezugnahme ist die maximal zulässige Höhenentwicklung der Modulreihen über das Vorhabengebiet in ausreichender Weise festgelegt. In der Planzeichnung und Begründung wird zum Höhenbezug eine neue TFS 1.7 aufgenommen bzw. geändert: <i>1.7 Bezugspunkt für die Höhenfestsetzungen ist jeweils die natürliche Geländeoberfläche (§ 2 Abs. 12 BbgBO).</i>
5.5	Eine geometrisch eindeutige Darstellung der Planinhalte erfordert den Anschluss an das amtliche Lage- (ETRS89 mit UTM-Koordinaten) und Höhenbezugssystem des Landes Brandenburg (s. Pkt. 4.3 Planunterlagen VV). Schlussfolgernd sollte auch die TFS Nr. 1.7 geprüft werden.	⇒ Korrektur der textlichen Festsetzung 1.7 Die TFS Nr. 1.7 wird in der Planzeichnung korrigiert und lautet wie folgt: <i>1.7 Bezugspunkt für die Höhenfestsetzungen ist jeweils die natürliche Geländeoberfläche (§ 2 (12) BbgBO).</i>
5.6	<u>Allgemeine Hinweise:</u> Bitte beachten Sie, dass unsere Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange nicht unsere Zuständigkeit als höhere Verwaltungsbehörde nach § 203 Abs. 3 BauGB i. V. m. der Baugesetzbuchzuständigkeitsverordnung vom 15.10.1997 einschließt. Die aufgeführten Anmerkungen erfolgen beispielhaft und sind demzufolge nicht im Sinne einer abschließenden rechtlichen Prüfung zu werten. Nach § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB ist das Ergebnis der Abwägung zum Bauleitplanentwurf den sich im Rahmen der Beteiligung äußernden Stellen (Öffentlichkeit+TöB) mitzuteilen.	⇒ Kenntnisnahme

5.7	Auf der Grundlage des § 12 BbgEGovG sind die Bau- und Planungsverwaltungen der Kommunen in der Pflicht, XPlanung-basierte Daten von Bauleitplänen verarbeiten und bereitstellen zu können. Neben der Übersendung der rechtskräftigen Planfassung (Papierexemplar) bitten wir um Übermittlung eines digitalen Datensatzes (möglichst XPlanung-konforme Daten oder im Pdf-Format) zwecks der Aktualisierung des kreislichen Geoportals.	⇒ Berücksichtigung Die geforderten Unterlagen sowie digitalen Daten werden dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin im weiteren Verfahren zugesandt.
5.8	Stellungnahme: Untere Bauaufsichtsbehörde 13.07.2023 Die untere Bauaufsichtsbehörde hat zu dem vorliegenden Planentwurf keine Einwände.	⇒ Kenntnisnahme
5.9	Hinweis: In der Planzeichnung, Stand 10.05.2023, wurde unter Punkt 1.7 der textlichen Festsetzungen die Bauordnung von Schleswig-Holstein (LBO SH) angegeben.	⇒ Korrektur der textlichen Festsetzung 1.7 Die TFS 1.7 wird in der Planzeichnung korrigiert.
5.10	Stellungnahme: Gesundheitsamt 13.07.2023 Gegen den Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage und der im Parallelverfahren geplanten 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Temnitztal bestehen aus der Sicht des Gesundheitsamtes keine Bedenken, wenn gewährleistet ist, dass die Bewohner an den nächstgelegenen Immissionsorten im Bereich des Gemeindeteils Kerzlin und Verkehrsteilnehmer auf den angrenzenden Wegen/Straßen durch die geplanten Anlagen nicht durch Blendung/Aufhellung belästigt, beeinträchtigt oder gefährdet werden. Dies ist in einem Blendgutachten zu überprüfen.	⇒ Erläuterung Ein Blendgutachten wurde am 28.08.2023 von SONNWINN erstellt. Demnach werden die „ermittelten Blendwirkungen [...] als vertretbar eingestuft. Es werden keine erheblichen (unzumutbaren) Beeinträchtigungen des Straßenverkehrs auf der B 167 erwartet.“ Bzgl. der Wirkungen auf die Wohnbebauung wird auf die Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014 verwiesen. Bei der Beurteilung sind Immissionsorte kritisch, wenn sie vorwiegend westlich oder östlich einer Photovoltaikanlage liegen

		und weniger als ca. 100 m von dieser entfernt sind. Beim Vorhaben ist nicht mit Beeinträchtigungen auf Wohnnutzung zu rechnen, da die nächstgelegene Wohnbebauung (Dorfstr./B 167 Nr. 6) südlich ca. 150 m entfernt ist. Die Grenze des Dorfkerns liegt über 500 m entfernt.
5.11	Weiterhin ist in einem Schallgutachten nachzuweisen, dass durch die erforderlichen Nebenanlagen wie Trafostationen ... insbesondere an den nächstgelegenen Immissionsorten die nach TA-Lärm geltenden Lärmrichtwerte eingehalten werden. Bei der Auswahl der Aufstellorte für Nebenanlagen ist das damit verbundene Auftreten von tieffrequentem Schall zu berücksichtigen. Auch hier ist nachzuweisen, dass die Wohnqualität nicht durch tieffrequenten Schall negativ beeinflusst wird.	⇒ Berücksichtigung / Erläuterung Eine am 05.03.2024 angefertigte schalltechnische Beurteilung durch die SLG Prüf- und Zertifizierungs GmbH geht davon aus, dass vom <i>PV-Vorhaben</i> „keine Gefährdungen, erhebliche Benachteiligungen oder erhebliche Belästigungen durch Geräusche in der Nachbarschaft verursacht werden“. Nach der schalltechnischen Beurteilung kann das <i>„Planvorhaben deshalb in der beabsichtigten Form realisiert und bauausgeführt werden, ohne dass zusätzliche Maßnahmen zum Schallimmissionschutz der Wohnnachbarschaft ins Auge gefasst werden müssen“</i>. Im Nahbereich der Anlage können allerdings betriebsbedingte Lärmemissionen entstehen. Lärmemissionen für die nächstgelegene Wohnbebauung von einigem Gewicht sind gemäß der schalltechnischen Beurteilung auf Grund der Entfernung von 600 m bis 700 m nicht zu erwarten,

		auch für die Einzelwohnbebauung in ca. 150 m Entfernung ist eine Überschreitung der Lärmgrenzwerte nicht zu erwarten.
5.12	Stellungnahme: Brandschutzdienststelle 12.07.2023 Tenor: Seitens des Brandschutzes bestehen gegen o.g. Vorhaben keine Bedenken.	⇒ Kenntnisnahme
5.13	Punkt 2.2.3. „Brandschutz“ des Vorentwurfs zur Begründung Stand Mai 2023 ist vollinhaltlich umzusetzen. Konkrete Auflagen und Bedingungen zum vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz folgen in Zuge der Bearbeitung des objektbezogenen Brandschutzkonzeptes im Baugenehmigungsverfahren.	⇒ Erläuterung Der Inhalt der Begründung mit Stand Mai 2023 wird vollständig umgesetzt. Im Auftrag des Vorhabenträgers wurde eine brandschutztechnische Stellungnahme mit Stand 28.09.2023 von Ingenieurbüro Schilling GmbH erstellt. Demnach bestehen bei „ <i>Berücksichtigung der Hinweise dieser brandschutztechnischen Stellungnahme [...] aus der Sicht des Bearbeiters wegen des Brandschutzes gegen das Bauvorhaben keine Bedenken.</i> “
5.14	Stellungnahme: Untere Bodenschutzbehörde vom 07.07.2023 Die untere Bodenschutzbehörde hat gegen den Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Kerzlin Nr. 1 „Freiflächen-Photovoltaikanlage“ der Gemeinde Temnitztal (Stand 10.05.2023) keine Einwände. Auf bodenschutzrechtliche Belange wird im Rahmen des Umweltberichtes und des GOP ausführlicher eingegangen.	⇒ Kenntnisnahme
5.15	Hinweise: Im Plangebiet befinden sich keine Altlasten oder altlastenverdächtige Flächen.	⇒ Kenntnisnahme
5.16	Zu den Moorböden sind geeignete Abstände einzuhalten.	⇒ Erläuterung

		Die Moorböden werden vom PV-Vorhaben nicht in Anspruch genommen. Bei Bau und Betrieb der geplanten Anlagen wird ein Abstand von mindestens 5 m zu Moorböden berücksichtigt.
5.17	Stellungnahme: Untere Denkmalschutzbehörde – Bodendenkmalschutz und praktischer Denkmalschutz vom 28.06.2023 Durch das Vorhaben werden Belange des Denkmalschutzes nicht berührt. Das Vorhaben befindet sich außerhalb derzeit bekannter Bodendenkmale. Einzeldenkmäler befinden sich nicht im Plangebiet. Die geschützte Umgebung von Denkmälern wird nicht berührt. Eine denkmalrechtliche Erlaubnis ist nicht erforderlich. Eine detaillierte denkmalpflegerische Stellungnahme erfolgt durch das als TöB zuständige Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum.	⇒ Kenntnisnahme Es werden keine Belange berührt.
5.18	Hinweise: Im Falle des Auftretens bisher unbekannter Bodendenkmale im Zuge der Ausführung von Schachtungsarbeiten im Bereich des Vorhabens, gelten die gesetzlichen Schutzbestimmungen des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes (BbgDSchG). Insbesondere gelten die Schutzbestimmungen des § 11 i. V. m. § 7 Abs. 3 und § 12 BbgDSchG. Funde sind unverzüglich der unteren Denkmalschutzbehörde anzuzeigen. Die Bauausführenden sollen darauf hingewiesen werden.	⇒ Ergänzung von Begründung und Planzeichnung Der Hinweis zu Bodendenkmälern wird um den § 7 (3) BbgDSchG in der Begründung und Planzeichnung ergänzt.
5.19	Stellungnahme: Untere Abfallwirtschaftsbehörde 23.06.2023 Gegen dieses Vorhaben gibt es aus Sicht der unteren Abfallwirtschaftsbehörde unter Einhaltung der nachfolgenden Hinweise keine Bedenken.	⇒ Kenntnisnahme Es bestehen keine Bedenken unter Einhaltung der angegebenen Hinweise.

5.20	Entsprechend § 7 (Grundpflichten der Kreislaufwirtschaft) Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) sind Erzeuger oder Besitzer von Abfällen zur vorrangigen Verwertung von Abfällen verpflichtet. Grundsätzlich hat die Verwertung von Abfällen Vorrang vor deren Beseitigung. Soweit dies zur Erfüllung dieser Anforderung erforderlich ist, sind entsprechend § 9 KrWG im Baubereich Abfälle getrennt zu halten und zu behandeln. Sämtliche Abfälle, die während der Errichtung und Inbetriebnahme bzw. während der Wartung oder Reparaturen entstehen, sind zu sammeln und nachweislich einer dafür zugelassenen Entsorgung anzudienen. Transparente Baustraßen sind ordnungsgemäß zurückzubauen und die anfallenden Materialien sind nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes einer zugelassenen Verwertung bzw. Beseitigung zuzuführen. Die Nachweise sind der Behörde auf Verlangen vorzulegen. Die bestehende Abfallentsorgungssatzung des Landkreises Ostprignitz-Ruppin ist einzuhalten.	⇒ Kenntnisnahme Die aufgeführten Sachverhalte und Vorgaben werden auch dem Vorhabenträger übermittelt.
5.21	Hinweis: Mit Einführung der Ersatzbaustoffverordnung (EBV) am 01.08.2023 werden bundesweitliche und rechtsverbindliche Anforderungen an die Herstellung und den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen festgelegt. Dazu zählen Bodenmaterialien und Recycling-Baustoffe. Mit Inkrafttreten der EBV wird die LAGA M 20 mit ihren Zuordnungswerten sowie landesrechtliche Regelungen, hier: Erlass des MLUK des Landes Brandenburg zur Bestimmung von Anforderungen für eine ordnungsgemäße und schadlose Verwertung von Linz-Donawitz-Schlacken vom 14. August 2021 sowie Erlass zur Regelung der Verwertung mineralischer Abfälle vom 01. Februar 2007 und die Technischen Regeln des Straßenbaus BTR RC- StB 14, aufgehoben. Spätestens ab dem 01.08.2023 kommt es nicht mehr auf die Z- Werte der LAGA M 20 an, sondern dann entscheiden die Materialwerte der EBV (die Analysenverfahren unterscheiden sich erheblich).	⇒ Kenntnisnahme
5.22	Stellungnahme Amt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft 18.07.2023 Die Überbauung landwirtschaftlicher Nutzfläche im Umfang von 73 ha an einem Standort, an dem für die Region vergleichsweise hohe Bodenwertzahlen vorzufinden sind, lässt außer Acht, dass Boden nicht an anderer Stelle verfügbar wird. Das heißt, dass	⇒ Ergänzung der Planungsunterlagen Die Darstellung der Ackerwertzahlen wird mit den Daten der Bodenschätzung

diese Flächen zur Sicherung unserer Eigenversorgung nicht mehr zur Verfügung stehen.	aus dem Liegenschaftskataster (ALKIS) aktualisiert. Gemäß der im Umweltbericht aufgeführten gemeindeweiten Standortalternativenprüfung liegt die durchschnittliche Ackerzahl von 33 im Geltungsbereich niedriger als die durchschnittliche Ackerzahl von 36 in der von der Standortalternativenprüfung ermittelten Eignungskulisse der Gemeinde, in der die Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen überhaupt möglich ist. Des Weiteren weisen die Böden im Geltungsbereich im Vergleich der bereits genannten Eignungskulisse einen größeren Anteil an Böden mit Ackerzahlen von unterhalb 30 auf. Die im Vergleich geringe Ertragsfähigkeit am geplanten Standort wurde durch die Kartierung von größeren Ackerbrachen im Geltungsbereich bestätigt. Was auf eine geringe Bereitschaft zur Bewirtschaftung aufgrund zu hohen Aufwands an Dünger, Kraftstoff etc. hinweist. Die Standortwahl geht somit aus Sicht der landwirtschaftlichen Nutzung bzw. der Ernährungssicherheit im Vergleich zu möglichen anderen Flächen innerhalb der Eignungskulisse der Gemeinde mit geringeren Nachteilen einher. Dabei ist auch das überragende öffentliche Interesse aus §2 EEG zu berücksichtigen. Der Gemeinde ist bewusst, dass

		diese Flächen für die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln entfallen. Sie stehen nach Umsetzung des Projekts aber für die Eigenversorgung mit regenerativer Energie zur Verfügung.
5.23	Weiterhin befinden sich die benannten Flächen innerhalb des digitalen Feldblockkatalogs welche als Grundlage für den Bezug von EU-Agrarfördermitteln dient. Betroffen sind die Ackerlandreferenz DEBVL 2168917190, DEBBL 0368301386 und DEBBL 0368301131. Mit der Umsetzung des Vorhabens erlischt die Beihilfefähigkeit der Fläche. Eine Beantragung im Rahmen der Anträge auf Agrarförderung ist dann nicht mehr möglich.	⇒ Erläuterung Die Gemeinde geht davon aus, dass dieser Sachverhalt dem Eigentümer / Pächter bewusst ist und in seine Entscheidung eingeflossen ist. Die Gemeinde hat hier keine Einflussmöglichkeit.

9. Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Stellungnahme vom 30.06.2023		Vorschlag für die Abwägung
9.1	Die Belange der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung: - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung/Windenergienutzung" (ReP-Rohstoffe) vom 24. November 2010 (ABl. 2012 S. 1659) - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" (ReP FW) vom 21. November 2018 - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Grundfunktionale Schwerpunkte" (ReP GSP) vom 8. Oktober 2020 (ABl. S. 1321)	⇒ Kenntnisnahme
9.2	Die vorliegenden Vorentwürfe des vorhabenbezogenen Bebauungsplans und der Änderung des Flächennutzungsplans sind mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel vereinbar .	⇒ Kenntnisnahme
9.3	Begründung: Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Kerzlin Nr. 1 „Freiflächen-Photovoltaikanlage“ hat die städtebauliche Entwicklung einer ca. 73 ha großen Fläche als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „PV-Freiflächenanlagen“ zum Inhalt. Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage geschaffen werden. Das Plangebiet liegt nördlich des Ortsteils Kerzlin, an der nördlichen Gemeindegrenze zur Nachbargemeinde Märkisch Linden, und besteht aus drei Teilgebiete. Im Rahmen des Parallelverfahrens wird auch eine Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Temnitztal vorgenommen. Für den räumlichen und sachlichen Geltungsbereich des Plans werden auf Ebene der Regionalplanung keine Festlegungen getroffen. Insofern stehen dem Vorhaben die Erfordernisse der Regionalplanung nicht entgegen.	⇒ Kenntnisnahme Die Erfordernisse der Regionalplanung stehen dem Vorhaben nicht entgegen.

9.4	Hinweis: Im Kapitel 1.6.3 werden die Grundlagen der Regionalplanung erläutert. Es ist jedoch anzumerken, dass das Verfahren des sachlichen Teilregionalplans „Windenergienutzung (2021)“ im Januar durch Beschluss der Regionalversammlung eingestellt wurde. Anstelle dessen soll ein neuer sachlicher Teilplan „Windenergienutzung (2024)“ erarbeitet werden.	⇒ Ergänzung der Begründung In Kapitel 1.7.3 werden die Grundlagen der Regionalplanung aktualisiert. Ein Hinweis auf den neuen sachlichen Teilplan „Windenergienutzung (2024)“ wird in diesem Kapitel erfolgen.
9.5	Hinweise! Von den regionalplanerischen Zielen gehen eine Anpassungspflicht gemäß § 1 Absatz 4 BauGB bzw. eine Beachtungspflicht gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.).	⇒ Erläuterung Die Planung wird gem. ROG an die Ziele der Raumordnung angepasst. Die Grundsätze und Erfordernisse der Raumordnung werden bei der Planung berücksichtigt.
9.6	Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsicherung".	⇒ Kenntnisnahme
9.7	Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" wurde mit Bescheid vom 17. Juli 2019 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegungen zur Steuerung der raumbedeutsamen Windenergienutzung. Hiergegen hat die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Rechtsmittel eingelegt. Die Festlegungen zum Freiraum und zu den historisch bedeutsamen Kulturlandschaften wurden genehmigt. Die Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg hat noch zu erfolgen.	⇒ Kenntnisnahme

9.8	Durch die regionalplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt. Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bitten wir um Information über den Planungsfortgang. Insbesondere bitten wir um Zusendung der Abwägungsergebnisse sowie der genehmigten Satzung.	⇒ Kenntnissnahme Der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel wird das Abwägungsergebnis sowie die genehmigte Satzung nach Abschluss des Verfahrens zugesandt.

12. Landesbetrieb Forst Brandenburg Schreiben vom 17.07.2023		Vorschlag für die Abwägung
12.1	Im dargestellten Planungsgebiet sind Waldflächen im Sinne des Waldgesetzes des Landes Brandenburg (LWaldG) betroffen. Neben der in der Planzeichnung zum Vorentwurf dargestellten Waldfläche in der Gemarkung Kerzlin, Flur 2, Flurstück 267 befinden sich innerhalb des dargestellten Gebietes der Planzeichnung Teil A II zwei weitere Waldflächen, die nicht in der Planzeichnung abgebildet sind. Es handelt sich um die Waldflächen in der Gemarkung Kerzlin, Flur 2, anteilige Flurstücke 176, 198 und 199. Ich bitte Sie um Korrektur der Planzeichnung gemäß der beigefügten Anlage.	⇒ Ergänzung der Planzeichnung Die genannten Waldflächen werden in der Planzeichnung als nachrichtliche Übernahme ergänzt.
12.2	Die vorhandenen Waldflächen sind gemäß § 4 LWaldG nachhaltig, pfleglich und sachgemäß zu bewirtschaften und vor biotischen und abiotischen Schädigungen zu schützen. Die geplante Einhaltung eines 30 m großen Abstandes zwischen Wald und PV-Feldern wird ausdrücklich begrüßt.	⇒ Kenntnisnahme

13. Landesbetrieb Straßenwesen Stellungnahme vom 17.07.2023		Vorschlag für die Abwägung
13.1	Ziel und Inhalt des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes sowie die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes ist die Ausweisung von Sondergebietsflächen zur Errichtung von Photovoltaikanlagen. In der Beschreibung des Bauvorhabens wird ausgeführt, dass die Erschließung der Änderungsflächen über öffentliche Wege; die sich im Besitz der Gemeinde befinden, erfolgen soll. Da ein genaues Wegenetz aus den vorliegenden Unterlagen nicht erkennbar ist, weise ich darauf hin, dass Maßnahmen, die verkehrliche und straßenbauliche Auswirkungen auf die Bundesstraße 167 haben, die Zustimmung des Landesbetriebes Straßenwesen, Dienststätte Kyritz erfordern.	⇒ Kenntnisnahme

16b. E.DIS Netz GmbH Stellungnahme vom 20.06.2023		Vorschlag für die Abwägung
16b. 1	Hiermit erhalten Sie unsere grundsätzliche Zustimmung zu Ihren auf den Übersichtsplänen dargestellten Maßnahmen im Versorgungsgebiet der E.DIS Netz GmbH.	⇒ Kenntnisnahme
16b. 2	Im von Ihnen geplanten Bereich befinden sich angrenzend an Ihre Baugrenzen Anlagen im Eigentum der E.DIS Netz GmbH. Hierbei handelt es sich um Mittelspannungs- und Gasanlagen. Konkret betrifft es die Flurstücke 267 und 180, Flur 2, Gemarkung Kerzlin. Zu unseren vorhandenen elektrischen Betriebsmitteln sind grundsätzlich Abstände nach DIN VDE 0100, DIN VDE 0101 und DIN VDE 0105 einzuhalten. Für die Abstände zu unseren Gasanlagen gilt die GW 315. Vorhandene und in Betrieb befindliche Kabel und Anlagen dürfen weder freigelegt noch über- oder unterbaut werden. In den Schutzstreifen unserer Anlagen ist Handschachtung erforderlich (Gas 6m, Strom MS/NS 2m). Sollte Ihr Planungsbereich unsere Anlagen einschließen, sind Arbeitsbreiten von 6 m für die Befahrung unserer Anlagen vorzuhalten. Für eine aktuelle Bestandsplanauskunft steht Ihnen unsere Online-Planauskunft mit modernen und innovativen Tools auf unserer Homepage unter: www.e-dis-netz.de unter Energie-Service – Kundenservice – Planauskunftsportal zur Verfügung. Wichtige Informationen zur Registrierung und zur Anwendung des Planauskunftsportals sind in der „Klickanleitung“ ersichtlich. Nach der Registrierung können Sie schnell und intuitiv täglich bis zu zehn Anfragen selbst durchführen. Natürlich sind sämtliche Anfragen weiterhin für Sie kostenlos.	⇒ Kenntnisnahme Hinweise zu Abständen und weiteren Auflagen bezüglich des Umgangs mit etwaigen Leitungen und Anlagen der E.DIS Netz GmbH im Planungsbereich werden im Baugenehmigungsverfahren berücksichtigt. Die Hinweise und Auflagen werden dem Vorhabenträger übermittelt. Sie sind durch ihn und die beauftragten Firmen zu beachten.

	Sie als Mitarbeiter eines Unternehmens registrieren sich bitte mit dem rechtlich eingetragenen Firmennamen als „Organisation“. Wir hoffen, Sie mit diesem Service bestmöglich unterstützen zu können und freuen uns auf Ihr Feedback! Sollte es dennoch Probleme bei der Registrierung geben, senden Sie eine kurze Beschreibung des Problems und einen Bildschirmabgriff (Screenshot) Ihres gesamten Web-Browsers an das Postfach EDI_Support_Planauskunftsportal@e-dis.de Wir gehen davon aus, dass Sie Ihre Planungen so durchführen, dass beim Bau Ihrer Anlagen die geforderten Abstände zu unseren vorhandenen Anlagen, sowohl vertikal als auch horizontal, eingehalten werden.	
16b.3	Die Klärung des Netzverknüpfungspunktes erfolgt wie in der Begründung der 1. Änderung TFNP P. 6.2 angegeben und ist nicht Bestandteil unserer Stellungnahme. Sollten sich bei Ihren weiterführenden Planungen Änderungen ergeben, sind diese bei der E.DIS Netz GmbH erneut einzureichen. Baumaßnahmen für den von Ihnen benannten Bereich sind zurzeit nicht in Planung oder im Bau befindlich. Für Rückfragen zu dieser Stellungnahme stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.	⇒ Kenntnisnahme

17. NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg Stellungnahme vom 15.06.2023		Vorschlag für die Abwägung
17.1	Im Bereich Ihrer Anfrage liegen keine Anlagen der NBB bzw. vorhandene Anlagen können mehr als 2 km entfernt sein. Aussagen zu Anlagen anderer Versorgungsunternehmen bzw. Netzbetreiber können wir nicht treffen. Hierzu sind von Ihnen gesonderte Auskünfte einzuholen. Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der NBB vorzulegen.	⇒ Kenntnisnahme

18. GDMcom GmbH Stellungnahme vom 21.06.2023	Vorschlag für die Abwägung
18.1 Bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber: • Erdgasspeicher Peissen GmbH • Ferngas Netzgesellschaft mbH • ONTRAS Gastransport GmbH • VNG Gasspeicher GmbH Alle Anlagenbetreiber sind vom geplanten Vorhaben nicht betroffen. Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!	⇒ Kenntnisnahme

19. PRIMAGAS Energie GmbH Stellungnahme vom 15.06.2023		Vorschlag für die Abwägung
19.1	Hiermit teilen wir Ihnen mit, dass durch das oben genannte Vorhaben keine Flüssiggas-Versorgungsleitungen im öffentlichen Bereich der PRIMAGAS Energie GmbH berührt werden. Sollte sich ein Flüssiggasbehälter auf dem angefragten Grundstück befinden, so wenden Sie sich bitte an den Eigentümer des angefragten Grundstückes.	⇒ Kenntnisnahme

20b Tyczka Energy GmbH Stellungnahme vom 15.06.2023		Vorschlag für die Abwägung
20b.1	Im markierten Bereich Ihrer Anfrage liegen keine Gasversorgungsleitungen der Tyczka Energy GmbH im öffentlichen Raum.	⇒ Kenntnisnahme
20b.2	Die Leitungsauskunft hat eine Gültigkeit von 3 Monaten ab Ausstellungstag. Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder sich der Ausführungszeitraum über die 3 Monate hinaus verschieben, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft vorzulegen.	⇒ Kenntnisnahme

21. Deutsche Telekom Technik GmbH Stellungnahme vom 18.07.2023		Vorschlag für die Abwägung
21.1	Im Planbereich, im Wegeflurstück 180 der Flur 002 in der Gemarkung Kerzlin, befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom, die aus den beigegeführten Plänen ersichtlich sind. Einer Überbauung der Telekommunikationslinien der Telekom stimmen wir nicht zu, weil dadurch der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung verhindert wird und ein erhebliches Schadensrisiko besteht. Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen TK-Linien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den TK-Linien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse so weit freigehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen TK-Linien der Telekom informieren: • Kabeleinweisung via Internet (Flyer Trassenauskunft Kabel), • Nutzung des Leitungsauskunftsportals der infrest GmbH (www.infrest.de) oder • E-Mail: Planauskunft_brandenburg@telekom.de Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten. Bitte beachten Sie bei Ihren weiteren Planungen, dass die Telekom ggf. nicht verpflichtet ist, die Photovoltaikanlage an ihr öffentliches Telekommunikationsnetz anzuschließen.	⇒ Berücksichtigung Die Hinweise zu Telekommunikationslinien werden berücksichtigt.
21.2	Diese Stellungnahme gilt sinngemäß auch für die Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren gemäß § 8 Absatz 3 BauGB.	⇒ Kenntnisnahme

22. DNS:NET Internet Service GmbH Stellungnahme vom 15.06.2023		Vorschlag für die Abwägung
22.1	In dem Baugebiet befinden sich keine Rohr- und Kabelsysteme der DNS:NET. Bitte beachten Sie die Bestimmungen in der beigefügten Kabelschutzanweisung. Die DNS:NET hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.	⇒ Kenntnisnahme

28. Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg Stellungnahme vom 13.07.2023		Vorschlag für die Abwägung
28.1	Beurteilung der angezeigten Planungsabsicht: Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen	⇒ Kenntnisnahme
28.2	Erläuterung: In unserer Stellungnahme vom 17.01.2023 zu dem o. g. Vorhaben haben wir mitgeteilt, dass kein Widerspruch zu Zielen der Raumordnung zu erkennen ist. Aufgrund von Zurücknahmen von Zustimmung zu dem PV-Vorhaben hat sich der Geltungsbereich gegenüber der Zielfrage gemäß Art. 12 bzw. 13 des Landesplanungsvertrages geändert: Die drei Teilgeltungsbereiche befinden sich außerhalb des Freiraumverbunds (Ziel 6.2 LEP HR). Textliche Festlegungen des LEP HR stehen der Planung ebenfalls nicht entgegen. Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom: 18.12.2007, (GVBl. I S. 235), Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin – Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35) Bindungswirkung Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden. Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.	⇒ Kenntnisnahme

28.3	Hinweise - Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt. - Wir bitten, Beteiligungen gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung/Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen, Mitteilungen über das Inkrafttreten von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 (4) BauGB oder die Einstellung von Verfahren nur in digitaler Form durchzuführen (E-Mail oder Download-Link) und dafür ausschließlich unser Referatspostfach zu nutzen: gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de. - Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: https://gl.berlin-brandenburg.de/service/info-personenbezogene-daten-gl-5.pdf.	⇒ Kenntnisnahme

32. Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz Schreiben vom 27.06.2023		Vorschlag für die Abwägung
32.1	Bitte beachten Sie, dass potentiell betroffene Belange in den Bereichen Wasser, Boden, Forst, Landwirtschaft, Fischerei, Bodenordnung, Naturschutz, Klima, Abfall und Immissionsschutz hier zuständigkeitshalber von den nachgeordneten und unteren Behörden vertreten werden. Diese sind insbesondere das LfU, das LELF, der LFB sowie die Landkreise und kreisfreien Städte als untere Bodenschutzbehörden, Wasserbehörden, Abfallwirtschaftsbehörden, Naturschutzbehörden, Landwirtschaftsbehörden und Fischereibehörden. Bei entsprechenden Anknüpfungspunkten ist darüber hinaus eine Beteiligung der Verwaltung des Nationalparks Unteres Odertal und der Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH in Betracht zu ziehen. Die Notwendigkeit einer darüber hinaus gehenden, gesonderten Beteiligung des MLUK ist vorliegend nicht ersichtlich. Auf ministerieller Ebene erfolgt weder eine inhaltliche Prüfung der Unterlagen noch eine Überprüfung des gewählten Kreises der Beteiligten. Die Verantwortung für eine ordnungsgemäße Beteiligung der in ihren Aufgabenbereichen potentiell betroffenen öffentlichen Stellen trägt vielmehr der Planungsträger.	⇒ Kenntnisnahme
32.2	<u>Von einer Beteiligung des MLUK in gleichgelagerten Verfahren bitte ich daher künftig abzusehen, es sei denn Sie haben konkrete Gründe für eine Befassung des MLUK, die dann auch ausdrücklich benannt werden sollten.</u>	⇒ Berücksichtigung Das MLUK wird im Verfahren nicht mehr beteiligt.

35. Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Stellungnahme vom 20.06.2023		Vorschlag für die Abwägung
35.1	Da im Vorhabengebiet keine Bodendenkmale bekannt sind, bestehen gegen die vorliegende Planung aus Sicht des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums, Abt. Bodendenkmalpflege, keine grundsätzlichen Bedenken.	⇒ Kenntnisnahme
35.2	Da jedoch mit dem Vorhandensein von bisher unentdeckten Bodendenkmalen zu rechnen ist, machen wir auf folgende Festlegungen im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) - vom 24. Mai 2004 (GVBl. I, S. 215) aufmerksam: Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Tonscherben, Metallsachen, Münzen, Knochen u.ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege, unter der o.g. Adresse und der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG). Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG). Funde sind unter den Voraussetzungen der §§ 11 Abs. 4, 12 BbgDSchG abgabepflichtig. Die Bauausführenden sind über diese gesetzlichen Festlegungen zu belehren. Bitte beachten: Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause ggf. eine weitere Stellungnahme.	⇒ Keine Änderung Der Hinweis auf § 11 BbgDSchG ist bereits in Begründung und Planzeichnung enthalten.

36. Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Schreiben vom 04.07.2023		Vorschlag für die Abwägung
36.1	1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können: Keine.	⇒ Kenntnisnahme
36.2	2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands: Keine.	⇒ Kenntnisnahme
36.3	3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan: Bodengeologie: Laut aktueller Moorbodenkundlicher Karte (MoorFIS 2021) befinden sich angrenzend (Übersichtskarte, Anlage) an das Vorhabengebiet Erd- und Mulmniedermoore unterschiedlicher Mächtigkeit (siehe https://geo.brandenburg.de/?page=boden-Grundkarten). Dies ist bei der Planung entsprechend zu berücksichtigen.	⇒ Erläuterung Die Moorböden werden vom PV-Vorhaben nicht in Anspruch genommen. Es wird ein Abstand von mindestens 5 m zu den geplanten baulichen Anlagen berücksichtigt.
36.3	Geologie: Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden. Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8 ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeoIDG)).	⇒ Kenntnisnahme

39a Landesamt für Umwelt – Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2 Belang Wasserwirtschaft; Schreiben vom 11.07.2023		Vorschlag für die Abwägung
39a.1	Weitergehende Hinweise Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine weiteren Hinweise gegeben.	⇒ Kenntnisnahme

39b Landesamt für Umwelt – Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2 Belang Immissionsschutz; Schreiben vom 11.07.2023	Vorschlag für die Abwägung
39b.1 <u>1. Sachstand</u> Antragsgegenstand ist der vorhabenbezogene Bebauungsplan (VBP) Kerzlin Nr. 1 „Freiflächen-Photovoltaikanlage“ der Gemeinde Temnitztal. Mit der Aufstellung des VBP sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb einer Freiflächen-Photovoltaikanlage, unterteilt in drei Teilflächen, sowie erforderlicher Nebenanlagen geschaffen werden. In diesem Zusammenhang wird ein sonstiges Sondergebiet mit Zweckbestimmung „PV-Freiflächenanlagen“ auf drei Teilgeltungsbereiche (SO PV FFA I bis PV-FFA III) gemäß § 11 Baunutzungsverordnung (BauNVO), für die Dauer von 25 bis 30 Jahren, festgesetzt. Das Plangebiet hat eine Gesamtgröße von 73 ha und liegt an der nördlichen Grenze des Ortsteils Kerzlin. Es wird derzeit landwirtschaftlich genutzt. Der Teilgeltungsbereich A (PV-FFA I) hat eine Größe von 20,8 ha und ist von landwirtschaftlich genutzten Flächen umgeben. Westlich, nördlich und südlich des Teilgeltungsbereiches B (PV-FFA II) befinden sich landwirtschaftlich genutzte Flächen, und direkt östlich angrenzend verläuft die Dorfstraße Richtung zur Kreisstraße K 6806. Der Teilgeltungsbereich B hat eine Größe von 19,2 ha. Beim Teilgeltungsbereich C (PV-FFA II und PVFFA III) grenzen direkt nördlich Waldflächen und landwirtschaftlich genutzte Flächen, westlich, südlich und östlich landwirtschaftlich genutzte Flächen. In ca. 150 m südöstlicher Entfernung (PV-FFA II) befindet sich die nächstgelegene schutzwürdige Nutzung (Dorfstraße Nr. 6) und in ca. 170 m Entfernung die B 167. Der Teilgeltungsbereich C hat eine Größe von 33,7 ha. Um einer Staubentwicklung entgegenzuwirken wird die Entwicklung einer extensiven Grünfläche angestrebt. Diese soll gegeben falls als Schafweide (max. sechs Schafe pro ha) dienen. Der rechtswirksame Flächennutzungsplan (FNP) stellt derzeit den Geltungsbereich als eine Fläche für Landwirtschaft dar. Dies wird mit der 3. Änderung des FNP im Parallelverfahren in sonstiges Sondergebiet mit Zweckbestimmung „Erneuerbare Energien - Photovoltaik“ (SO EEG) geändert.	⇒ Kenntnisnahme

	Der vorliegende VBP (Vorentwurf Mai 2023) wurde insbesondere nach den Grundsätzen des § 50 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) i.V.m. § 1 Abs. 5 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) geprüft. Demnach sollen Flächen unterschiedlicher Nutzung einander so zugeordnet werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen (§§ 1 und 3 BImSchG) auf schutzwürdige Nutzungen weitgehend vermieden und neue Konfliktslagen ausgeschlossen werden.	
39b.2	<u>2. Stellungnahme</u> Bei einer Photovoltaik-Freiflächenanlage handelt es sich aus immissionsschutzrechtlicher Sicht um eine nichtgenehmigungsbedürftige Anlage. Nach § 22 BImSchG muss der Betreiber solcher Anlagen diese so errichten und betreiben, dass nach dem Stand der Technik vermeidbare schädliche Umweltbeeinträchtigungen vermieden werden. Durch die PV-Anlage entstehen Licht- und Geräuschimmissionen, die zu schädlichen Umwelteinwirkungen führen können. Bei der Aufstellung des BP ist darauf zu achten, dass die von der PV-Anlage ausgehenden Licht- und Lärmemissionen nicht zu schädlichen Umwelteinwirkungen auf die Nachbarschaft führen. Bei der Errichtung der PV-Anlage sind die Anforderungen des § 23 BImSchG einzuhalten. <u>Blendwirkungen</u> Zu den Auswirkungen durch Blendungen wird auf die Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014 verwiesen. Bei der Beurteilung sind Immissionsorte kritisch, wenn sie vorwiegend westlich oder östlich einer Photovoltaikanlage liegen und weniger als ca. 100 m von dieser entfernt sind. Eine erhebliche Belästigung im Sinne des BImSchG kann vorliegen, wenn die maximal mögliche Blenddauer mindestens 30 Minuten am Tag oder 30 Stunden im Jahr beträgt. Beim vorliegenden Einzelfall ist nicht mit Beeinträchtigungen auf Wohnnutzung zu rechnen, da die nächstgelegene Wohnbebauung (Dorfstr./B 167 Nr. 6) südlich ca. 150 m entfernt ist. Sie ist jedoch im weiteren Planverfahren zu berücksichtigen.	⇒ Erläuterung Es ist durch die hier vom Landesamt f. Umwelt zitierte Leitlinie des MUGV Brandenburg nicht mit Beeinträchtigungen (Blendwirkungen) auf Wohnnutzung zu rechnen. Der nächstgelegene Immissionsort (Wohngebäude an der B167) ist mind. 150m entfernt. Da die nächstgelegene Wohnbebauung zudem in Richtung der B167 liegt, ist hier wie auch auf der Straße ebenfalls nicht mit Blendwirkungen zu rechnen. Dies geht aus dem Blendgutachten (SONNWINN 08-2023) hervor. Um die nächstgelegene Wohnbebauung trotzdem vor eventuellen Blendwirkungen zu schützen und im weiteren Verfahren zu berücksichtigen, werden Zaunberankungen durch immergrüne Pflanzen angelegt. Zudem werden Pflanzflächen, welche vorrangig dem Sichtschutz dienen, festgesetzt. Eine Pflege erfolgt im Auftrag des Vorhabenträgers.

39b.3	Die Bewertung der Blendwirkungen auf den Straßenverkehr der B 167 wird im weiteren Planverfahren in Aussicht gestellt.	⇒ Erläuterung und Ergänzung der Planungsunterlagen Ein Blendgutachten (Stand: 28.08.2023) wurde im Auftrag des Vorhabenträgers von SONNWINN erstellt. Demnach werden die „ermittelten Blendwirkungen [...] als vertretbar eingestuft. Es werden keine erheblichen (unzumutbaren) Beeinträchtigungen des Straßenverkehrs auf der B 167 erwartet.“
39b.4	Sichtschutzhecken und Bepflanzungen sind als Blend- und Sichtschutz vorgesehen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Hecken nur bei ganzjähriger, dichter Belaubung und Pflege sinnvoll sind. Weiterhin sind die Pflanzflächen in der Planzeichnung zu sichern (vgl. §9 Abs.1 Nr. 24 BauGB)	⇒ Erläuterung Die überwiegend immergrünen Pflanzflächen, welche vorrangig dem Sicht- und Blendschutz dienen, werden festgesetzt. Eine Pflege erfolgt im Auftrag des Vorhabenträgers.
39b.5	<i>Hinweis: Für die Beurteilung der Blendwirkungen auf Straßen- oder Schienenverkehr ist das LfU nicht zuständig.</i>	⇒ Kenntnisnahme
39b.6	<u>Geräusche</u> Geräuschemissionen bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen werden durch technische Anlagen wie z.B. Wechselrichterstationen und Transformatoren hervorgerufen. Je nach Entfernung dieser Anlagen zu den Immissionsorten, kann es zu Beeinträchtigungen durch Lärm kommen. Aufgrund der noch unbekanntem Lage der Nebenanlagen zur nächsten schutzwürdigen Nutzung können diesbezügliche Konflikte nicht abschließend beurteilt werden. Der Verzicht der Errichtung der Nebenanlagen im südlichen Bereich des Teilgelungsbereiches C wird auf Grund der Nähe zur Wohnbebauung (Dorfstr. Nr. 6) empfohlen.	⇒ Berücksichtigung / Erläuterung Eine am 05.03.2024 angefertigte schalltechnische Beurteilung durch die SLG Prüf- und Zertifizierungs GmbH geht davon aus, dass vom PV-Vorhaben „keine Gefährdungen, erhebliche Benachteiligungen oder erhebliche Belästigungen durch Geräusche in der Nachbarschaft verursacht werden“. Nach der schalltechnischen Beurteilung kann das „Planvorhaben deshalb in der beabsichtigten Form realisiert und bauausgeführt werden,

		<i>ohne dass zusätzliche Maßnahmen zum Schallimmissionsschutz der Wohnnachbarschaft ins Auge gefasst werden müssen</i>". Im Nahbereich der Anlage können allerdings betriebsbedingte Lärmemissionen entstehen. Lärmemissionen für die nächstgelegene Wohnbebauung von einigem Gewicht sind gemäß der schalltechnischen Beurteilung auf Grund der Entfernung von 600 m bis 700 m nicht zu erwarten, auch für die Einzelwohnbebauung in ca. 150 m Entfernung ist eine Überschreitung der Lärmgrenzwerte nicht zu erwarten.
39b.7	<u>3. Fazit</u> Ausgehend von Art und Umfang der geplanten Neuentwicklung von Photovoltaikanlagen und dem bereits in der näheren Umgebung existierenden Nutzungsbestand sind erhebliche Immissionskonflikte infolge der Vorhabensrealisierung derzeit nicht erkennbar. Die vorliegende Planung wird als realisierbar eingeschätzt. Die Auswirkungen auf den Straßenverkehr sind nicht zu vernachlässigen.	⇒ Kenntnisnahme
39b.8	<i>Hinweis:</i> In den Textlichen Festsetzungen unter Art der baulichen Nutzung werden Baufelder I bis IV benannt. Es gibt jedoch laut Planzeichnung, Begründung und Umweltbericht nur die Baufelder I bis III. Unter Punkt 2.1.1 „Art der baulichen Nutzung“ werden die drei Baufelder als SO A/I, SO B/II und SO C/III benannt. Diese sind nicht auf der Planzeichnung zu finden. Dies ist anzupassen und die Bezeichnung einheitlich zu wählen. Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen.	⇒ Änderung der Planzeichnung und Begründung Die Bezeichnung der Plangebiete wird angepasst und eine einheitliche Formulierung für Planzeichnung, Begründung und Umweltbericht gewählt.

42. Zentraldienst der Polizei/Kampfmittelbeseitigungsdienst Schreiben vom 27.06.2023		Vorschlag für die Abwägung
42.1	Zur Beplanung des o.g. Gebietes bestehen keine grundsätzlichen Einwände. Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Kampfmittelbescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte. Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderung des Planes.	⇒ Kenntnisnahme
42.2	Neuerungen bei der Verlegung von Medienträgern Für die Verlegung von Medienträgern und die damit verbundenen erforderlichen Bodeneingriffe in Bestandstrassen in Kampfmittelverdachtsgebieten ist eine Freistellung von Anträgen auf Grundstücksüberprüfung möglich.	⇒ Kenntnisnahme

44. Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände GbR Schreiben vom 19.07.2023		Vorschlag für die Abwägung
44.1	Der uns vorliegenden Planung ist zum derzeitigen Bearbeitungsstand nicht viel hinzuzufügen. Gehölze und Gewässer sind beim Aufbau der Solarmodule vor Befahrung und sonstige Beeinträchtigungen zu schützen. Es sind ggf. Reptilien-/Amphibien-schutzzaune zu errichten und die Bauflächen vor Umsetzung des Planverfahrens abzusammeln.	⇒ Anpassung der Satzung Schutzzäune und Bauzeitenregelung werden als Hinweise in die Satzung übernommen.
44.2	Um eine naturverträgliche Ausgestaltung der Photovoltaik-Freiflächenanlage zu gewährleisten, ist zwischen den Modulreihen ein Mindestabstand einzuhalten. Zur Förderung von Feldlerchen und sonnenbedürftigen Pflanzen und Tieren sollte ein besonnener Korridor von 3 m eingeplant werden.	⇒ Anregung kann nicht gefolgt werden Eine Reihenaufstellung, die einen besonnenen Korridor von 3 m gewährleistet, setzt bei einer Modultischhöhe von 3,5 m einen Reihenabstand von mindestens 5 m voraus, was die gesamte PV-Modulfläche und den Stromertrag pro Fläche deutlich reduzieren würde. Um also den gleichen Stromertrag aus regenerativen Energien zu erwirtschaften, wäre also eine größere Flächeninanspruchnahme nötig. Das wäre nicht im Sinne des Landschaftsschutzes. Mit der Entwurfsfassung wurde der Mindestreihenabstand auf 2,5 m verringert, um gemäß dem Projektträger notwendigen Änderungen in der Wirtschaftlichkeitsberechnung Rechnung zu tragen. Es ist aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich, einen besonnenen Korridor von 3 m, was 5 m Reihenabstand entspräche, einzuhalten. Das EEG definiert in § 2 die

		besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien. Daher „sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden“. Daher ist auch der wirtschaftliche Belang hier hoch einzustufen. Der Verlust von Bruthabitaten der genannten Feldlerchen wird über nahegelegene, externe Flächen ausgeglichen. Diese werden vertraglich und grundbuchlich gesichert. Auf den landwirtschaftlichen Standorten sind naturschutzfachlich wertvolle sonnenbedürftige Pflanzen und Tieren aktuell nicht vorhanden. Im Rahmen des PV-Vorhabens werden allerdings Habitatstrukturen wie Lesestein- und Totholzhaufen und Blüh- und Saumstreifen angelegt, die Vorkommen von sonnenbedürftigen Pflanzen und Tiere wie Reptilien fördern können. Alle naturnahen Elemente im Geltungsbereich werden mit ausreichend Pufferflächen erhalten, so dass sich hier natürliche Lebensräume entwickeln können. In der gesamten Umgebung sind zudem viele sonnenexponierte Lebensräume als Ausweichhabitate vorhanden.
44.3	Eine Eingrünung der Anlage wird begrüßt und soll mit regionalen und standorttypischen, aber ggf. auch mit klimaangepassten Arten erfolgen.	⇒ Kenntnisnahme

44.4	Im Grünordnungsplan sind Pflegemaßnahmen für die Grünflächen anzulegen. Dabei ist darzulegen, wie die Fläche künftig gepflegt werden soll. Jegliche Pflegemaßnahmen sind extensiv zu gestalten. Mähtermine und Beweidungszeiten sind den am Standort vorkommenden Arten anzupassen. Bei einer Mahd ist vor allem auch auf die Insektenfreundlichkeit zu achten.	⇒ Ergänzung der Planungsunterlagen Die Pflegemaßnahmen werden um die genannten Vorgaben im GOP ergänzt. Zwischen den selbstbegründenden SO-Flächen und den einzusäenden Ausgleichsflächen werden verschiedene Mahdtermine festgesetzt.
44.5	Den Planungsunterlagen konnten die genauen Ackerwertzahlen aller im Bebauungsplan enthaltenen Flächen nicht entnommen werden. Diese sollen offengelegt werden. Bei Ackerwertzahlen um die 30 und darüber hinaus ist von einer Umnutzung abzusehen. Ackerwertzahlen um die 30 und mehr, sind in Brandenburg vergleichsweise bereits gute Ackerstandorte. Die Ernährungssicherung darf hier nicht auf Kosten der erneuerbaren Energien zurückgestellt werden.	⇒ Ergänzung der Planungsunterlagen Die Darstellung der Ackerwertzahlen wird mit den Daten der Bodenschätzung aus dem Liegenschaftskataster (ALKIS) aktualisiert. Gemäß der im Umweltbericht aufgeführten gemeindeweiten Standortalternativenprüfung liegt die durchschnittliche Ackerzahl von 33 im Geltungsbereich niedriger als die durchschnittliche Ackerzahl von 36 in der von der Standortalternativenprüfung ermittelten Eignungskulisse der Gemeinde, in der die Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen überhaupt möglich ist. Des Weiteren weisen die Böden im Geltungsbereich im Vergleich der bereits genannten Eignungskulisse einen größeren Anteil an Böden mit Ackerzahlen von unterhalb 30 auf. Die im Vergleich geringe Ertragsfähigkeit am geplanten Standort wurde durch die Kartierung von größeren Ackerbrachen im Geltungsbereich bestätigt. Was auf eine geringe Bereitschaft zur Bewirtschaftung

		aufgrund zu hohen Aufwands an Dünger, Kraftstoff etc. hinweist. Die Standortwahl geht somit aus Sicht der landwirtschaftlichen Nutzung bzw. der Ernährungssicherheit im Vergleich zu möglichen anderen Flächen innerhalb der Eignungskulisse der Gemeinde mit geringeren Nachteilen einher. Dabei ist auch das überragende öffentliche Interesse aus §2 EEG zu berücksichtigen.
44.6	Dem Artenschutzfachbeitrag ist eine Rast- und Zugvogelkartierung hinzuzufügen. Durch großflächige Photovoltaik-Freiflächenanlagen gehen auch immer mehr Rastplätze für Zugvogel verloren. Mit einer Kartierung soll eine negative Korrelation zwischen Zugvögeln und dem geplanten Solarpark ausgeschlossen werden können.	⇒ Ergänzung der Planungsunterlagen Eine Rast- und Zugvogelkartierung wird dem Artenschutzfachbeitrag hinzugefügt. Die Ergebnisse werden in GOP und Umweltprüfung / -bericht übernommen.
44.7	Wir bitten um weitere Beteiligung am Verfahren.	⇒ Kenntnisnahme

47. Bundesnetzagentur Schreiben vom 21.06.2023	Vorschlag für die Abwägung
47.1 Beeinflussungen von Richtfunkstrecken, Radaren und Funkmessstellen der Bundesnetzagentur durch neue Bauwerke mit Bauhöhen unter 20 m sind nicht sehr wahrscheinlich. Die o. g. Planung sieht keine Bauhöhen von über 20 m vor. Entsprechende Untersuchungen zu Planverfahren mit geringer Bauhöhe sind daher nicht erforderlich. Da die Belange des Richtfunks u. a. durch die Planung nicht berührt werden, erfolgt meinerseits keine weitere Bewertung. Photovoltaikanlagen können den Empfang nahgelegener Funkmessstellen der Bundesnetzagentur beeinträchtigen. Für Bauplanungen von Photovoltaikanlagen ab einer Fläche von ca. 200 m², die sich in Nachbarschaft zu Funkmessstellen der Bundesnetzagentur befinden, wird daher eine frühzeitige Beteiligung der Bundesnetzagentur als Träger öffentlicher Belange empfohlen. Die Prüfung ergab für Ihr Plangebiet folgendes Ergebnis: FUNKMESSSTELLEN DER BNETZA: Es sind keine Funkmessstandorte der BNetzA betroffen.	⇒ Kenntnisnahme

48. 50Hertz Transmission GmbH Schreiben vom 15.06.2023		Vorschlag für die Abwägung
48.1	Nach Prüfung der von Ihnen eingerichteten Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Umspannwerke, Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden. Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH. Wird das Vorhaben geändert oder nicht innerhalb von zwei Jahren begonnen, ist eine erneute Anfrage über das infrest Leitungsauskuftsportal erforderlich. Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und bedarf deshalb keiner Unterschrift. Die Stellungnahme ist somit gültig.	⇒ Kenntnisnahme

Träger, die keine Anregungen, Bedenken und Hinweise zum B-Plan Kerzlin Nr. 1 „Freiflächen-Photovoltaikanlage“ geäußert haben	Vorschlag für die Abwägung
• 4. Gemeinde Fehrbellin, 15.06.2023	⇒ Kenntnisnahme
• 7. Kreishandwerkerschaft, 19.06.2023	
• 15. Zweckverband Wasser / Abwasser Fehrbellin – Temnitz, 12.07.2023	
• 20a. Saferay Operations GmbH 15.06.2023	
• 24. Regio Infra Nord-Ost GmbH & Co. KG, 22.06.2023	
• 37. Landesamt für Bauen und Verkehr, 12.07.2023	
• 38. Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, 22.06.2023	
• 46. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, 14.07.2023	

Träger, die keine Stellungnahme abgegeben haben	⇒ Kenntnisnahme
• 2. Fontanestadt Neuruppin	
• 3. Gemeinde Wusterhausen/Dosse	
• 6. IHK Potsdam	
• 14. Gewässerunterhaltungsverband „Oberer Rhin/Temnitz“	
• 16a. E.DIS AG	
• 23. Tourismusverband Ruppiner Seenland e.V.	
• 25. Deutsche Bahn AG	
• 31. Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	

B   Stellungnahmen von Bürgern

Zum Vorentwurf des B-Plans Kerzlin Nr. 1 wurden keine Anregungen oder Bedenken von Bürgern vorgebracht.

C   Stellungnahmen von Nachbargemeinden

Die Stellungnahmen der Nachbargemeinden Märkisch Linden und Dabergotz erfolgten stellvertretend durch das Amt Temnitz. Demnach werden keine öffentlichen Belange durch das Vorhaben berührt und eine weitere Beteiligung als nicht erforderlich betrachtet (siehe Kapitel A, Nr. 1.1 und 1.3).

Die Stellungnahme der Nachbargemeinde Fehrbellin sieht keine Anregungen und Bedenken zum geplanten Vorhaben (siehe Kapitel A, Nr. 4).

Die Stellungnahmen der Fontanestadt Neuruppin und der Nachbargemeinde Wusterhausen/Dosse sind bislang nicht eingegangen (siehe Kapitel A, Nr. 2 und Nr. 3).